

Datenschutzhinweise für Versorgungsberechtigte gemäß Datenschutzgrundverordnung

Im Zusammenhang mit der Verwaltung und Abrechnung von Ansprüchen aus betrieblicher Altersversorgung (Betriebsrenten) ist es erforderlich, Ihre personenbezogenen Daten zu verarbeiten. Wir möchten Ihnen mit den nachfolgenden Informationen gemäß Art. 12 bis 14 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihrer diesbezüglichen Rechte geben.

1. Wer ist verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und an wen können Sie sich wenden?

Ihr Versorgungsträger, welcher Ihnen die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung gewährt (i. d. R. Ihr ehemaliger Arbeitgeber), hat die Salzgitter Business Service GmbH mit der Verwaltung und Abrechnung der Versorgungsleistungen beauftragt. Bei Fragen zum Datenschutz wenden Sie sich bitte an die Salzgitter Business Service GmbH:

Telefon: 0208 458-1684 oder 0534121-4127
E-Mail: datenschutz@szbs.eu

2. Welche Daten werden verarbeitet?

Zum Zwecke der Verwaltung und Abrechnung Ihrer Leistungen der betrieblichen Altersversorgung werden insbesondere folgende Datenkategorien verarbeitet:

- Personen-/Kontaktdaten (z. B. Vorname, Nachname, Geburtsdatum, Nationalität, Familienstand, Geburtsland, Anschrift, Gesellschaft, Eintrittsdatum Gesellschaft und Konzern, (Mobil-)Telefonnummer, E-Mail)
- Abrechnungsdaten (z. B. Bankverbindung, Zahlungsbeträge, Pfändungsdaten, Steuermerkmale inkl. Konfession, Freibeträge, Behinderung)
- Daten für die Ermittlung und Verwaltung der betrieblichen Altersversorgung (z. B. Zusagedaten, Anwartschaftsbeträge, Entgeltarten, Teilzeitgrade, Abwesenheitszeiten)
- Daten zur Kranken- und Pflegeversicherung (Abführung von Beiträgen im Rahmen des gesetzlichen Zahlstellenverfahrens)

Die oben genannten Daten wurden in der Regel direkt von Ihnen im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses erhoben, sei es durch Ihre persönliche Angabe oder von internen Stellen wie der Personalabteilung. Steuerrelevante Informationen werden von uns elektronisch bei den Finanzbehörden abgerufen.

3. Für welche Zwecke und aufgrund welcher Rechtsgrundlage werden Ihre Daten verarbeitet?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen der DSGVO, des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) sowie aller weiteren maßgeblichen Gesetze (z. B. Betriebsrentengesetz).

a. Zur Durchführung des Beschäftigungsverhältnisses (Art. 6 Abs. 1b) DSGVO i. V. m. § 26 Abs. 1 BDSG)

In erster Linie dient die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfüllung der Zusage auf betriebliche Altersversorgung, die Sie – bzw. Ihr Angehöriger – im Rahmen des früheren Beschäftigungsverhältnisses erhalten haben. Die vorrangige Rechtsgrundlage hierfür ist § 26 Abs. 1 BDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 b) DSGVO.

b. Auf Grundlage von Kollektivvereinbarungen (Art. 6 Abs. 1b) i. V. m. Art. 88 DSGVO i. V. m. § 26 Abs. 4 BDSG)

Soweit Ihre Versorgungsleistungen auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung gewährt werden, ist diese ebenfalls eine Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung.

c. Zur Erfüllung eines Vertrages (Art. 6 Abs. 1f) DSGVO)

Soweit Sie uns beauftragt haben sollten, Teile der Versorgungsleistung an eine externe Stelle (z. B. Sozialhilfverein, Sterbegeldkasse) zu überweisen, verarbeiten wir Ihre Daten entsprechend zur Erfüllung dieser Beauftragung.

d. Auf Grund gesetzlicher Vorgaben (Art. 6 Abs. 1c) DSGVO)

Ihr Versorgungsträger und somit auch die Salzgitter Business Service GmbH, die Ihre Versorgungsleistungen verwaltet und abrechnet, unterliegen diversen rechtlichen Verpflichtungen (z. B. Meldepflichten an Sozialversicherungsträger, Beantwortung von Anfragen bei Pfändungsbeschlüssen oder Versorgungsausgleichsverfahren, Umsetzung von gerichtlichen Entscheidungen).

e. Im Rahmen einer Interessenabwägung (Art. 6 Abs. 1f) DSGVO)

Soweit erforderlich werden Ihre Daten auch zur Wahrnehmung berechtigter Interessen verarbeitet, z. B.

- zur Gewährleistung der IT-Sicherheit und des IT-Betriebes
- zu Zwecken der Administration und Steuerung im Salzgitter-Konzern (z. B. Pensionsrückstellungen/Personalcontrolling)
- zur Gewährleistung des Geschäftsabschlusses (Pensionsrückstellungen, Prüfung durch Wirtschaftsprüfer)
- zur Erlangung von behördlichen Bewilligungen.

Widerspruchsrecht (Hinweis nach Art. 21 Abs. 4 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die auf Grund von Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO (Datenverarbeitung auf Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen.

f. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten (Art. 9 Abs. 1 DSGVO)

Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Art. 9 Abs. 1 DSGVO verarbeitet werden, dient dies im Rahmen der Anwartschaftsverwaltung der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus der Versorgungszusage (z. B. Konfession als Steuermerkmal, Behinderung, Erwerbsminderung). Dies erfolgt auf Grundlage von Art. 9 Abs. 2 b) DSGVO i. V. m. § 26 Abs. 3 BDSG.

Datenschutzhinweise für Versorgungsberechtigte gemäß Datenschutzgrundverordnung

g. Auf Grund einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO, § 26 Abs. 2 BDSG)

Soweit Sie in die Verarbeitung von personenbezogenen Daten für bestimmte Zwecke eingewilligt haben sollten, stellt diese Einwilligung die Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung dar. Eine erteilte Einwilligung kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen.

4. Wer bekommt Ihre Daten?

Sofern eine Rechtsgrundlage oder Einwilligung zur Weitergabe Ihrer Daten existiert, werden die Daten nur denjenigen Stellen zur Verfügung gestellt, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke benötigen. Dabei handelt es sich vorwiegend um eingesetzte Dienstleister (z. B. Aktuare, Erfüllungsgehilfen sowie Gesellschaften innerhalb des Salzgitter-Konzerns), Einzugsstellen der Sozialversicherung sowie die Beteiligten im Rahmen des Versorgungsausgleichs oder einer Maßnahme der Zwangsvollstreckung.

Sämtliche Empfänger sind ihrerseits zur Einhaltung des Datenschutzes verpflichtet.

Es erfolgt keine Weitergabe an Empfänger in Drittländern, die kein der DSGVO entsprechendes Datenschutzniveau gewährleisten.

5. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Wir verarbeiten und speichern Ihre personenbezogenen Daten solange es zur Erfüllung der unter Ziffer 3 genannten Zwecke erforderlich ist. Zur Administration und Erfüllung der Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung werden die hierfür erforderlichen Daten bis zur vollständigen Erfüllung verarbeitet, also bis zum Versterben des Anwärters und der versorgungsberechtigten Hinterbliebenen.

Sind die Daten für die Erfüllung vertraglicher oder gesetzlicher Pflichten nicht mehr erforderlich, sind diese regelmäßig zu löschen, es sei denn, deren befristete Weiterverarbeitung ist zu folgenden Zwecken erforderlich:

- Erfüllung handels- und steuerrechtlicher Aufbewahrungspflichten, z. B. nach dem Handelsgesetzbuch oder der Abgabenordnung. Die dort genannten Fristen betragen 2 bis 10 Jahre.
- Erhaltung von Beweismitteln im Rahmen der Verjährungsvorschriften (z. B. §§ 195ff. BGB). Das sog. Rentenstammrecht für Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung verjährt gemäß § 18a Betriebsrentengesetz nach 30 Jahren.

6. Gibt es eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Zur Abwicklung der Versorgungsansprüche müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die hierfür erforderlich sind und zu deren Erhebung der Versorgungsträger gesetzlich verpflichtet ist. Ohne diese Daten ist der Versorgungsträger nicht in der Lage, die Versorgungsansprüche zur administrieren, zu ermitteln und auszuzahlen.

7. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Jede betroffene Person hat das Recht auf **Auskunft** nach Art. 15 DSGVO, das Recht auf **Berichtigung** nach Art. 16 DSGVO, das Recht auf **Löschung** nach Art. 17 DSGVO, das Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung** nach Art. 18 DSGVO, das Recht auf **Widerspruch** aus Art. 21 DSGVO sowie das Recht auf **Datenübertragbarkeit** aus Art. 20 DSGVO. Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG. Darüber hinaus besteht ein **Beschwerderecht** bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO i. V. m. § 19 BDSG).

Diese Datenschutzhinweise finden Sie in der jeweils aktuellen Fassung auch auf unserer Internetseite:

www.szbs.eu/de/rechtliches/datenschutz